

Eine Große Flüchtlingskoalition

CDU, Grüne und SPD im Gemeinderat sind sich einig

Baden-Baden (BNN). Beim Thema Flüchtlingsunterbringung gibt es im Gemeinderat jetzt eine Große Koalition. So jedenfalls eine Stellungnahme der Fraktionsspitzen von CDU, Grünen und SPD unter der Überschrift „Für eine konstruktive und nachhaltige Flüchtlingspolitik in Baden-Baden“.

Dank des enormen Einsatzes vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, der Rettungsorganisationen von Deutschen Roten Kreuz, THW, Feuerwehr und anderen Einrichtungen und des Wirkens der städtischen Verwaltung habe Baden-Baden bisher vorbildlich demonstrieren

können, was die städtische Bürgergesellschaft unter „Willkommenskultur“ verstehe, stellen

Armin Schöpflin, Beate Böhlen und Kurt Hochstuhl fest.

Damit dies so bleibe und Integration gelingen könne, sei nicht nur die Gemeinsamkeit aller verantwortlichen Akteure dieser Stadt vonnöten, sondern auch die Einhaltung bestimmter Grundsätze und Rahmenbedingungen.

Um das lebendige Vereinsleben nicht zu gefährden, sei die Unterbringung von Flüchtlingen in Hallen – mit Ausnahme von Freiluftfesthallen – die letzte aller Möglichkeiten. „Die Heimstätten unserer gemeinnützigen Vereine sind auch die Orte, an denen Begegnungen mit dem Anderen stattfinden und Integration ihren Anfang nimmt“, heißt es in der Stellungnahme.

Und: „Wir akzeptieren, dass ein zentrales Dorf auf dem Waldseeplatz er-

richtet wird. Wir vertreten aber die Auffassung, dass die Anzahl der Flüchtlinge am Waldseeplatz so gering wie möglich sein sollte, um Sicherheitsrisiken zu minimieren.“

Die Suchschleife müsse daher intensiviert werden. Neben den traditionellen Unterkünften, wie leerstehende Hotels oder Gasthäuser soll geprüft werden, ob folgende Plätze und Objekte für eine Unterbringung von Flüchtlingen geeignet sind: Freiluftfesthallen Sandweier, Haueneberstein und Steinbach, der Marienhof Geroldsau und der Baubetriebshof in der Schwarzwaldstraße. Darüber

hinaus sollte das Augenmerk auch auf leerstehende Industriegebäude gerichtet werden.

Die baulichen Investitionen in zweifacher Millionenhöhe sollten nach Meinung von CDU, Grünen und SPD möglichst nachhaltig sein und es sollten nachwachsende Materialien verwendet werden, was eine regionale Wertschöpfung ermögliche. Der zu erwartende Bevölkerungszuwachs und die bestehenden Defizite im kommunal geförderten Wohnungsbau würden darüber hinaus die rasche Ertüchtigung bestehender Bestandsgebäude zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums erfordern.

Schließlich regen die drei Fraktionen ein kommunales Arbeitsförderungsprojekt an, das erste Kontakte zur Arbeitswelt ermögliche und in dem Flüchtlinge über gemeinnützige Arbeiten Kompetenzen wie Sprachfertigkeit erwerben könnten. ■ **Kommentar**

„Hallen sind nur
allerletzte Möglichkeit“
